Niederschrift Nr. 10/2009 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 16. November 2009 um 14:00 Uhr im Gorch-Fock-Haus

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ausschussmitglied Ursula Aljets
Ausschussmitglied Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Sabine Gastmann (*fehlte entschuldigt*)
Ausschussmitglied Siegfried Neumann
Ausschussmitglied Norbert Schmidt
Stellv. Ausschussmitglied Hans Hartmann (*für Frau Gastmann*)

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser
1. Bürgermeister Fritz Langen
Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter
Ausschussmitglied Heinz Weerda

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister
Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Mitglied Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied LAW-Fraktion:

Ratsmitglied Johann Janssen

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von den Eigenbetrieben:

Betriebsleiter Hubert Rüttgers (SDW)
Stellv. Betriebsleiterin Heike Hansemann (SGW)

Von der Verwaltung:

Pressesprecher Arnold Preuß (13)
Bianka Götz (13)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Jan Hülsemann (20)
Tanjeff Paul (20)
Verwaltungsleiter Thomas Brandt (37)
Fachbereichsleiter Michael Witt (61)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
2 Feststellung der Tagesordnung
3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.10.2009
4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss: *keine*
5 Vorlagen an den Rat:
5.1 Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2008
5.2 SDW Jahresabschluss 2008
5.3 Jahresabschluss 2008 "Straße und Grün in Wilhelmshaven" - Entlastung der Betriebsleitung
5.4 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven
5.5 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung
5.6 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2009 SGW
5.7 2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für die Haushaltsjahre 2009/2010
5.8 Antrag der Fraktionen und Gruppen der SPD, BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Bündnis 90 / Die Grünen auf Gründung eines Arbeitskreises „Umstrukturierung / Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"
6 Mitteilungen und Anfragen: *keine*

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.10.2009

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 19.10.2009 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

-keine-

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Jahresabschluss des RNK-Eigenbetriebes zum 31.12.2008

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Jahresabschluss 2008 wird mit einem Jahresüberschuss von **428.368,53 Euro** festgestellt. Der Jahresüberschuss wird auf Rechnung vorgetragen.

2. Der Werkleitung wird Entlastung erteilt.

5.2 SDW Jahresabschluss 2008

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Hartmann erinnerte an den einstimmigen Ratsbeschluss zur „Geschäftsfelderweiterung der SDW“ im gesamten Konzern Stadt und stellte fest, dass seit der Beschlussfassung lediglich die Bereiche Kläranlage und Landesbühne zusätzlich in den Geschäftsbereich der SDW aufgenommen wären. Er appelliere an alle Ratsmitglieder, sich auch in den Aufsichtsräten der städtischen Beteiligungen entsprechend für die Umsetzung des Ratsbeschlusses einzusetzen. Mit der SDW stehe allen Gesellschaften ein kompetenter und wirtschaftlich arbeitender DV-Dienstleister zur Verfügung.

Herr Schmidt stellte zwei Fragen zur Betreuung der städtischen Schulen durch die SDW:

1. Inwiefern wurde eine Vereinheitlichung des DV-Equipments in den Schulen bisher realisiert?
2. Ist die Betreuung dieser Bereiche durch einen einzelnen Mitarbeiter der SDW ausreichend?

Betriebsleiter Rüttgers entgegnete, die Vereinheitlichung des DV-Equipments sei bereits abgeschlossen. Die Betreuung der ca. 800 Geräte in den Schulen werde nicht nur durch eine, sondern auch noch durch eine weitere bei der SDW ausgebildeten Person ausgeführt. Eine kontinuierliche Optimierung der Betreuung werde dabei selbstverständlich angestrebt.

Herr Dr. von Teichman stellte die Frage, ob die im Jahresabschluss dargestellte Überzahlung der SDW an den Kernhaushalt in Höhe von 40.000 € inzwischen ausgeglichen sei. **Herr Rüttgers** antwortete, der Betriebsausschuss SDW habe kürzlich die Rückzahlung der Eigenkapitaleinlage der Stadt an den Kernhaushalt beschlossen.

Die genannte Überzahlung werde mit der Rückzahlung verrechnet und sei somit ausgeglichen. Zweck der Rückzahlung, welche der allgemeinen Rücklage der SDW entnommen werde, sei es im Übrigen, aus Sicht des Eigenbetriebes einen Beitrag zur Konsolidierung des Kernhaushaltes zu leisten.

Die weitere Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman**, wie es zu den Mindererträgen in 2008 gegenüber dem Wirtschaftplan gekommen sei, verwies **Fachbereichsleiter Valnion** auf die in 2008 verhängte Haushaltssperre in Höhe von 3% für alle Teilhaushalte. Diese führte dazu, dass alle Fachbereiche der Kernverwaltung ihre Zahlungen an SDW um 3% zu kürzen hatten. Die so entstandenen Mindererträge konnte die SDW jedoch problemlos aus vorhandenen Rücklagen kompensieren.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2008 der SDW zum 31.12.2008 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand Oldenburg GmbH mit einem Bilanzverlust in Höhe von 36.452,39 € festgestellt. Dieser Bilanzverlust wird durch die Bilanzgewinne der Vorjahre kompensiert.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

5.3 Jahresabschluss 2008 "Straße und Grün in Wilhelmshaven" - Entlastung der Betriebsleitung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2008 von SGW zum 31.12.2008 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft WIBERA AG mit einem Jahresgewinn in Höhe von 105.779,68 € festgestellt.

Der Jahresgewinn wird in voller Höhe als Gewinnvortrag auf das Jahr 2009 übertragen und wird zur Minderung der entstandenen Vorjahresverluste verwendet.

Gem. § 30 der Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

5.4 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Auf die Fragestellung von **Herrn Dr. von Teichman**, ob hier in der Sache für die Nichtanpassung der Straßenreinigungsgebühren Gewinne der SGW verwendet werden sollen, entgegnete **Stadtkämmerer Hoff**, der Eigenbetrieb verfüge über gar keine Gewinne. Entsprechende Mindererträge des Eigenbetriebes fielen in Form von erhöhten Zuweisungen an SGW auf den Kernhaushalt zurück.

Stellvertretende Betriebsleiterin Hansemann erläuterte, die Unterdeckung entstehe in der „Reinigungsklasse 1 mit Winterdienst". Kostendeckend sei hier lt. jüngster Kalkulation eine Gebühr von 2,12 €, es solle jedoch weiterhin nur eine Gebühr von 1,82 € festgesetzt werden.

Frau Bauermeister gab den Hinweis, die Einsatzzeiten der Straßenreinigung zu überdenken um Kosten zu sparen. Straßenreinigung in den frühen Morgenstunden sei aufgrund der um diese Zeit noch geparkten Fahrzeuge unzweckmäßig. **Herr Tjaden** ergänzte, die Reinigungsleistung an Straßen ohne ausreichende Bordsteinkante sei ebenfalls nicht effektiv. Außerdem entstehen im Herbst erhebliche Probleme durch Herbstlaub, welches durch die Kehrmaschinen in die Kanalschächte gefegt werde.

Frau Aljets machte den Vorschlag, dem Vorbild anderer Städte zu folgen und entsprechende Beschilderungen mit dem Hinweis „an jedem dritten Tag wird gereinigt" o.ä. aufzustellen. **Frau Glaser** erhob hierzu den Einwand, Rat und Verwaltung betrieben seit geraumer Zeit erhebliche Anstrengungen den „Schilderwald" im Stadtgebiet zu lichten.

Den Lösungsvorschlag von **Herrn Dr. von Teichman**, die Reinigung verstärkt durch die Anwohner durchführen zu lassen begegnete **Frau Aljets** mit der Aussage: „ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür" funktioniere nicht.

Abschließend lobte **Herr Dr. von Teichman** die generelle Reinigungsleistung durch SGW und schlug vor, die angesprochenen Problemlagen im Betriebsausschuss vertieft zu diskutieren. **Herr Schmidt** schloss sich diesem Vorschlag an. **Herr Neumann** bat darum, im Betriebsausschuss SGW in diesem Zusammenhang zusätzlich die Frage zu diskutieren, ob die finanzielle Belastung für die Bürgerinnen und Bürger bei Selbstreinigung zu 100% entfielen.

Die Ausschussmitglieder zeigten sich mit der Weiterbehandlung der geschilderten Problemfelder im Betriebsausschuss SGW einverstanden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt, die „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der Straßen im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven (Straßenreinigungs-Gebührensatzung) vom 22.11.1990 in der Fassung vom 28.11.2007" entgegen der vorliegenden Gebührenkalkulation nicht zu ändern.

Die daraus resultierende Unterdeckung für 2009 trägt der Eigenbetrieb „Straße und Grün".

5.5 Neufassung der Friedhofsgebührensatzung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

5.6 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2009 SGW

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman verdeutlichte, dass jede Verschlechterung im Wirtschaftsplan SGW zu Lasten des Kernhaushaltes ginge und verwies in diesem Zusammenhang auf die korrespondierenden Beträge auf der Änderungsliste zum 2. Nachtrag der Kernverwaltung. Für ihn stelle sich die Frage, ob der Betrieb diese Verschlechterungen nicht aus eigener Kraft tragen könne. **Stellvertretende Betriebsleiterin Hansemann** verneinte dies.

Herr Neumann bat um Aufklärung hinsichtlich der Ursachen für die Verschlechterung im Wirtschaftsplan SGW. **Frau Hansemann** erläuterte, es handele sich überwiegend um Zuführungen zu den Rückstellungen für abgeschlossene Altersteilzeitvereinbarungen. Diese würden sich nicht liquiditäts-, jedoch erfolgsmäßig auswirken und somit im Ergebnis den Jahresverlust vergrößern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- *(bei Enthaltung Herr Dr. von Teichman)*

Der 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird unter Erhöhung der Ansätze des Erfolgsplans um 759.900 € in der anliegenden Fassung beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen verbleibt unverändert bei 1.246.725 €. Der Höchstbetrag der Kassenkredite beträgt weiterhin 2.300.000 €.

Der Investitions- und der Vermögensplan bleiben ebenfalls unverändert.

5.7 2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Wilhelmshaven für die Haushaltsjahre 2009/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Neumann führte aus, das erwartete kumulierte Defizit summiere sich bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung lt. vorliegender Änderungsliste der Kämmerei zur 2. Nachtragshaushaltssatzung auf 64 Mio. € auf. Die vom Oberbürgermeister verhängte Haushaltssperre sei deshalb unumgänglich gewesen. Das bisher vom Rat beschlossene Haushaltssicherungskonzept (HSK) sei jedoch unzureichend. Seiner Auffassung nach sei dieses nur beschlossen worden, um den Haushalt „genehmigungsfähig“ zu machen, eine „Haushaltssanierung“ enthalte es jedoch nicht. Den Vorwurf, seine Fraktion habe sich nicht an der Konsolidierung des Haushaltes beteiligt, wies er entschieden zurück. Ein Haushaltsausgleich bis zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes sei aus seiner Sicht nicht machbar. Eine Streichung selbst aller freiwilligen Leistungen reiche hierzu bei weitem nicht aus. Es bliebe dann lediglich die Erhöhung von Steuern und Gebühren. Dies sei mit seiner Fraktion nicht zu machen. Das Defizit der niedersächsischen Kommunen habe sich seit 1995 mehr als verfünffacht. Diese Finanzmisere sei nicht hausgemacht und aus eigener Kraft nicht zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund stelle sich sogar die Frage nach der Wirksamkeit einer Haushaltssperre. Es sei nun Aufgabe des Landes, für eine Entlastung der Kommunen zu sorgen. Abschließend stellte er die Frage an die Verwaltung, wie es nun weitergehen solle.

Stadtkämmerer Hoff führte zu den wesentlichen Veränderungen mit der 2. Nachtragshaushaltssatzung aus:

1. Erweiterung des Finanzplanungszeitraumes bis 2013 (das Defizit 2009 bis 2013 betrug vor Änderungen im 2. Nachtrag ohne Vorjahresdefizite -40,5 Mio. €, mit Vorjahresdefiziten von -9 Mio. € also insgesamt -49,5 Mio. €.

2. Das Gesamtdefizit inkl. Vorjahre verändere sich durch den 2. Nachtrag auf -64,5 Mio. €.

3. Wesentliche Ursachen seien die Anpassung an die Steuerentwicklung, ein Verlustausgleich an die WTF-S für 2008, Anpassungen an die Entwicklung bei den Personalkosten, Erziehungshilfekosten sowie Bauordnungsgebühren (*hier Mehrerträge*).

4. Das strukturelle Defizit in 2009 erhöhe sich von -9,1 Mio. € um -3,8 Mio. € auf nun -12,9 Mio. €, in 2010 von -8,2 Mio. € um -14,5 Mio. € auf dann -22,7 Mio. €. Verbesserungen gegenüber der bisherigen Finanzplanung seien nicht vor 2012 zu erwarten.

5. In keinem Jahr der Finanzplanung sei der Haushalt ausgeglichen. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt sei nicht mehr gegeben. Die sofortige Haushaltssperre noch in 2009, die unbedingte Konkretisierung des HSK bis zu den Klausurtagungen sowie absolute Haushaltsdisziplin in der Verwaltung und den Gremien seien zwingend erforderliche Maßnahmen.

6. Das Defizit habe inzwischen ein Ausmaß erreicht wie Ende der 90er Jahre, als es notwendig war, Anteile an städtischen Gesellschaften zu veräußern. Nun seien mutige Beschlüsse erforderlich, um nicht weiteres „Tafelsilber“ veräußern zu müssen.

Abschließend nannte er das derzeitige HSK ein Konzept von „Prüfaufträgen“. Diese müssten nun zwingend umgesetzt werden. Dies gelte auch für die Umstrukturierung im Konzern Stadt. Nach der Ablehnung der von der Verwaltung vorgeschlagenen kommunalen Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) müssten die hier vorgesehenen Einspareffekte selbstverständlich an anderer Stelle zusätzlich erbracht werden, z.B. durch eine gegenüber der ursprünglichen Planung vorgezogene Verschmelzung von Konzernunternehmen. Die Nachfrage von **Herrn Tjaden**, ob die Haushaltssperre auch verhängt worden wäre, hätte der Rat der Gründung einer AöR zugestimmt, wurde von **Herrn Hoff** ausdrücklich bejaht.

Herr Prof. Reuter widersprach der Auffassung von Herrn Neumann vehement, der Rat sei nicht in der Lage, die finanzielle Situation aus eigener Kraft zu verbessern. Er erinnerte beispielsweise an den Beschluss des Rates, nicht mehr benötigte Gebäude im Eigentum der Stadt zu veräußern. Nun beschließe eine Mehrheit im Rat jedoch plötzlich den Erhalt eines solchen Gebäudes, in welches nun auch noch eine zusätzliche soziale Einrichtung mit weiteren hohen Kosten eingerichtet werden solle. **Herr Neumann** warf dem entgegen, mit der Veräußerung von „Tafelsilber“ sei ein Haushalt nicht zu sanieren.

Herr Hoff stellte die Frage in den Raum, wer einer Stadt helfen solle, welche sich nicht einmal selbst helfen wolle. Von dem vom Land Niedersachsen ab 2012 vorgesehenen „Entschuldungsfonds“ werde Wilhelmshaven wohl kaum profitieren können, gerade vor dem Hintergrund der massiven Investitionen des Landes in den Jade Weser Port. Eigenhilfe sei notwendig, andernfalls könne ein Stadtkämmerer den „Sparkommissar“ gleich selbst bei der Kommunalaufsichtsbehörde bestellen. In ihm reife die Erkenntnis „Wir können nicht“ bedeute in Wahrheit zunehmend „Wir wollen nicht“. Als Beispiel hierfür nannte er die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente in der Verwaltung in den letzten Jahren, z.B. die Budgetierung, die Kosten- und Leistungsrechnung sowie die „Doppik“. Betriebswirtschaftliche Denk- und Handlungsweise erscheine ihm als nicht gewollt. In der Tat gäbe es in Wilhelmshaven „hausgemachte Versäumnisse“. Hierzu gehöre es z.B., zwei Jahre zu benötigen, um die Umstrukturierung im Konzern Stadt vorzubereiten, um diese letztendlich dann doch nicht beschließen zu wollen.

Abschließend teilte **Oberbürgermeister Menzel** mit, bei ihm entstehe der Eindruck, durch die hier öffentlich geführte Diskussion solle der Eindruck erweckt werden, eigene Sparbemühungen brächten nichts. Aus dem Gesamtdefizit in der mittelfristigen Finanzplanung von 64 Mio. € werde abgeleitet, dass nichts mehr zu machen sei. Er appelliere an den Rat, diese Verweigerungshaltung zu beenden. Ohne Eigenanteil der Stadt wird es auch keine Hilfe von außen geben. Sämtliche Sparmöglichkeiten seien also zu ergreifen. So erschiene ihm z.B. die Höhe einiger Aufwandentschädigungen in Aufsichtsräten als deutlich zu hoch.
Die Sparbemühungen, welche in der Kernverwaltung gelten, müssten natürlich auch in den städtischen Gesellschaften durchgeführt werden. Dies betreffe auch die Tarifsituation.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- *(bei Gegenstimme von Herrn Tjaden)*

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 2. Nachtragshaushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2009/2010.

5.8 Antrag der Fraktionen und Gruppen der SPD, BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Bündnis 90 / Die Grünen auf Gründung eines Arbeitskreises „Umstrukturierung / Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug oben genannten Antrag der Fraktionen und Gruppen der SPD, BASU/Ober-Bloibaum/Tholen, Bündnis 90 / Die Grünen vor und bat um Wortmeldungen.

Herrn Prof. Reuter erschien der Antrag in mehrerlei Hinsicht schlecht vorbereitet. So könne eine Arbeitsgruppe z.B. keine Beschlussvorlage vorbereiten. Ferner könne der Rat eine Pflichtteilnahme der städtischen Dezernenten sowie der Geschäftsführer nicht erzwingen. Im Übrigen seien diese bereits bei der Erstellung des Gutachtens durch die FIDES beteiligt gewesen. Die Gründung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) erscheine ihm von daher als eine gute Lösung. Die Bildung einer Arbeitsgruppe sei folglich nicht erforderlich.

Herr Tjaden stellte klar, es ginge nun nicht mehr um die Entscheidung auf Gründung einer AöR. Dieser Vorschlag könne im Rat keine Mehrheit finden. Vor diesem Hintergrund stelle sich lediglich die Wahl zwischen Aufrechterhaltung des Status Quo im Konzern Stadt oder der Bildung einer Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Alternativen zur Umstrukturierung des Konzerns gegenüber der Gründung einer AöR.

Herr Dr. von Teichman pflichtete Herrn Prof. Reuter bei und nannte die Gründung einer AöR ebenfalls eine gute Lösung zur Optimierung der Konzernstruktur. Als einzige Alternative bestehe ein möglicher Verkauf von städtischen Gesellschaften, welche seine Fraktion bereits seit geraumer Zeit vorschlage. Der Antrag auf Gründung einer Arbeitsgruppe erscheine ihm als nicht konstruktiv und nicht vernünftig. Aus diesem Grunde bat er darum, den Antrag zurückzuziehen. Der große Vorteil der AöR bestehe darin, die Steuerung des Gesamtkonzerns von einem Gremium aus konzentriert durchzuführen. **Herr Tjaden** entgegnete, er könne nicht verstehen, warum 14 Ratsmitglieder in einem Verwaltungsrat der AöR den Konzern Stadt besser steuern könnten als dieselben Ratsmitglieder vom Rat der Stadt aus. Um eine sinnvolle Alternative zu finden bat er alle Fraktionen darum, an der Arbeitsgruppe teilzunehmen.

Erster Stadtrat Stoffers gab dem Ausschuss das Ergebnis der rechtlichen Prüfung des Antrages bekannt. Hiernach verstehe die Verwaltung die genannte „Arbeitsgruppe“ als sog. „Unterausschuss“. Ein solcher

- ➔ sei rechtlich zulässig,
- ➔ darf Beschlussempfehlungen erarbeiten,
- ➔ müsse genauso besetzt werden wie ein Ausschuss des Rates,
- ➔ darf nicht mit Mitgliedern der Verwaltung besetzt werden,
- ➔ müsse sich eine Geschäftsordnung geben.

Im Übrigen läge die Teilnahme der Verwaltung im Ermessen, genauer in der Organisationshoheit, des Oberbürgermeisters.

Herr Neumann vertrat die Auffassung, an der Teilnahme oder nicht Teilnahme der Verwaltung und der Fraktionen könne die Öffentlichkeit erkennen, wer sich konstruktiv beteilige und wer nicht. **Frau Bauermeister** entgegnete, wer sich konstruktiv beteilige oder wer nicht zeige sich eher an der Zustimmung oder Ablehnung der Gründung der vorgesehenen AöR.

Herr Biehl resümierte, die Satzung der AöR habe nun einmal nicht die erforderliche Mehrheit im Rat gefunden. Die Bildung eines Unterausschusses sei nun der Versuch, doch noch etwas zu verändern. Er bat daher die Verwaltung sowie alle Fraktionen im Rat der Stadt erneut um Teilnahme am Unterausschuss.

Herr Dr. von Teichman unterstellte, die notwendigen Arbeiten für alternative Vorschläge zur Umstrukturierung im Konzern Stadt sei von den Ratsangehörigen nicht zu leisten. Die gesamte Thematik sei hierfür zu komplex. Es sei unrealistisch davon auszugehen, ein Unterausschuss könne hier bessere Vorschläge ausarbeiten als Verwaltung und Gutachter dies bereits getan haben. Er appelliere stattdessen an alle Fraktionen, an einem Gesprächskreis beim Oberbürgermeister teilzunehmen, um alle ausstehenden Hemmnisse und offene Fragestellung hinsichtlich der AöR zu diskutieren.

Anschließend ließ die Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (*bei 7 Gegenstimmen CDU / FDP*)

Der Rat der Stadt beschließt die Gründung eines Arbeitskreises „Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt“

6 Mitteilungen und Anfragen

-keine-

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:40 Uhr

Hoff	Glaser	Engesser
Stadtkämmerer	Vorsitzende	Protokollführer

Dateiname: 9595.15015.doc
Verzeichnis: C:\Documents and Settings\Default User\My Documents
Vorlage: Normal.dotm
Titel: Sitzung 10/2009
Thema: Sitzungsdatum 16.11.2009
Autor: SDW
Stichwörter: Sitzungsort Gorch-Fock-Haus, , Wilhelmshaven
Kommentar: erstellt am 18.11.2009
Erstelldatum: 18.11.2009 16:28:00
Änderung Nummer: 1
Letztes Speicherdatum: 18.11.2009 16:28:00
Zuletzt gespeichert von: SDW
Letztes Druckdatum: 18.11.2009 16:28:00
Nach letztem vollständigen Druck
Anzahl Seiten: 11
Anzahl Wörter: 3.554 (ca.)
Anzahl Zeichen: 22.397 (ca.)